

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6705, nachts 6707. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postsparkassafonto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Preisabhebungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16— Kk, vierteljährlich 48— Kk, halbjährlich 96— Kk, ganzjährig 192— Kk. Für Deutschösterreich monatlich 120— SK, für Deutschland 16— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

### Einfall ungarischer Banden in Niederösterreich.

Feuergefecht bei Kirchschlag.

Wien, 5. September, 10 Uhr abends. (Drohbericht des „Sozialdemokrat.“) Heute nachts wurden die an der Grenze stehenden Wachtposten der Gendarmerie von ungarischen Banden beschossen. Die Gendarmerie zog sich gegen Kirchschlag zurück. Die ungarischen Banden rückten nach und alsbald fielen Schüsse bis zu den Häusern von Kirchschlag. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine ungeheure Panik. Alles machte sich auf den Weg gegen Etlitz. Bald war die Straße von den Flüchtenden überfüllt. Die Gendarmerie zog sich ebenfalls hinter Kirchschlag zurück. Die Abteilung der Wehrmacht, die in Kirchschlag liegt, entwickelte sich in Schwarmlinien und nahm das Feuergefecht gegen die ungarischen Banden auf. Die Wehrmacht hat Kirchschlag nicht verlassen und hält es zur Stunde noch. Von Wiener-Neustadt sind Verstärkungen mit Autos nach Kirchschlag abgegangen. Die angreifenden Ungarn erhielten im Laufe des Tages Verstärkungen. Bis gegen Mittag war die Zahl der Angreifer auf 2- bis 3000 gestiegen. Es ist einwandfrei festgestellt, daß sich unter ihnen auch reguläres ungarisches Militär befindet. In die Kämpfe wurden alle Abteilungen der Wehrmacht, welche in dieser Gegend stehen, verwickelt. Es kämpften 2 Kompanien der Wehrmacht bei Kirchschlag und eine Kompanie bei Hochneukirchen. Eine Verbindungskompanie machte zwischen den kämpfenden Truppen in ausgezeichneter Weise ihren schweren Dienst. Die Verluste der Wehrmacht sind bis jetzt 2 Tote und 20 Verwundete, darunter 3 Schwerverwundete. Die Wehrmacht ist seit 5 Uhr morgens im Gefecht.

### Der Bürgermeister von Fehring und ein Insurgentenführer verhaftet.

Bürgermeister von Fehring (Steiermark), Dr. Schwagula, ist wegen Verdachts des Einverständnisses mit den ungarischen Freischärlern in Haft genommen worden. Es war nämlich ein Brief von ihm aufgefangen worden, der an einen ungarischen Offizier gerichtet war und Aufzeichnungen über den Einmarsch österreichischer Finanzorgane enthielt. Dr. Schwagula ist ein Christlichsozialer und als Monarchist bekannt. Verhaftet wurde gestern auch ein Insurgentenführer, Dr. Egan. Er war Vizebürgermeister des Grafen Bathanyi und früher Obergespan von Szolnok. Er befand sich auf einem Patrouillenritt, um die Stärke der österreichischen Gendarmerie zu erkunden und hatte auch einen Gendarmerieposten beschossen. Dabei verletzte er sich selbst an der linken Hand.

### Verfälschung der bayrischen Krise.

Berlin, 5. September. Wie die „Freiheit“ aus München meldet, hat sich die Situation nach weiter zuspitzt. Die Verfälschung des Konfliktes wird hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß der Reichsminister des Innern von der bayrischen Regierung die Einstellung der deutschen nationalen „München-Augsburger Abendzeitung“ wegen eines Heftartikels verlangt habe. Wie die Telegraphen-Union aus zuverlässiger Quelle erfährt, besteht in bayrischen Regierungskreisen keine Neigung, dieser Verpflichtung nachzukommen.

### Sie bleiben die Alten!

Sonntag beschloßen die Vertrauensmänner der tschechischen Sozialdemokraten, in die alltschechische Regierungskoalition einzutreten. Daß noch das Sekretariat ihrer Partei die einzelnen Organisationen darüber abstimmen läßt, ob sich die Partei an der Regierungsbildung mit den Agrariern, Nationaldemokraten, Nationalsozialen und Merkmalen beteiligen solle, ist wohl nur eine Formalität. Nach der rühmlichen Tätigkeit der Regierungsozialisten im Kabinett Kramarsch, Tufar und in der Peška war daran nicht zu zweifeln, daß die Sozialpatrioten das neue Spiel mit den alten Akteuren und ihren alten unerfüllten Forderungen fortsetzen werden. Das Spiel wird fortgesetzt, wie es begonnen hat.

Als in den ersten Novembertagen 1918 Zetiger nach Prag fuhr um über eine friedliche Lebensmöglichkeit der beiden großen Kulturnationen in diesem Staate zu verhandeln, wurde er angehört: „Mit Rebellen verhandeln wir nicht.“ Heute emuliert die tschechische Sozialdemokratie, die sich doch einst zum Brünner Programm der nationalen Autonomie bekannte, den rücksichtslosen Kampf gegen die Irredenta. Welche bekannten Töne aus den Tagen dieser Staatsgründung! Aber die tschechischen Sozialdemokraten, die damals noch eine einzige Partei waren, haben diesen Staat nicht nur gegründet, sie haben kräftig mitgebaut, bis aus ihm die nationalsozialistische Republik wurde, die nicht nur dem deutschen Volke, sondern auch dem tschechischen revolutionären Proletariate keine Heimat ist. In nichts Wesentlichem unterschied sich hierin Tufar von Kramarsch. Während aber unter der Regierung Tufar die Koalition der Werktätigen, der tschechischen Arbeiter und Bauern dieses Staates Träger wurde und die tschechische Bourgeoisie kritteln und beiseite stand, haben sich Nemec und Stivin mit den Herren Raschin und Preiß endlich in voller Harmonie gefunden. Die tschechische Sozialdemokratie hat ihre Koalitionsverträglichkeit mit der tschechischen Bourgeoisie schon in der Peška in der geradezu automatischen Ablehnung fast sämtlicher unserer und der kommunistischen Anträge erwiesen, warum sollte diesem monatelangen innigen sich Verstehen keine glückliche Ehe folgen? Bis jetzt hat sich die tschechische Sozialdemokratie auch dort sehr „vaterländisch“ benommen, wo sie ausnahmsweise hätte sozialdemokratisch sein können, nämlich im Kabinett Tufar, in dem sie in der Majorität war. Wie vaterländisch wird sie, eine Minorität, erst morgen sein müssen, um nicht gleich Zwietracht in den neuen Bund hineinzutragen.

Und sie wird „vaterländisch“ bleiben! Wohl „wünscht“ sie, daß ihre Forderungen, „für deren Erfüllung sie in die Regierung eintritt, von den übrigen Parteien loyal erfüllt werden“. Aber wie viele Forderungen hat diese Partei schon gestellt und wieviele sind „loyal“ erfüllt worden? An der großen Zahl ihrer gestellten Bedingungen erkennt man die keine erfüllt. Es hat sich beinahe nichts erfüllt: Ein trauriges Geſchick ist zustande gekommen, dem man nicht einmal den Namen „Betriebsrätegesetz“ geben wollte; die Witwen, Waisen und Invaliden sind unverorgt geblieben, keinen Schritt sind wir der Sozialversicherung näher gekommen. Es hat sich nichts er-

füllt, nur die Reaktion, gegen die die Sozialpatrioten nunmehr ankämpfen wollen, haben sie selbst in ihrem Terrorgesetz im Verein mit der reaktionären tschechischen Bourgeoisie verbrieft. Sie wollen einen Bund gegen die Reaktion bilden: aber sie schließen ihn mit den Faschisten dieses Landes. Die Arbeiterklasse soll nach der Erklärung der Sozialpatrioten zur Anschauung gelangt sein, daß die Klassenkämpfe wirksamer und erfolgreicher während einer demokratischen und parlamentarischen Regierung, als während einer Koalitionregierung geführt werden. Dies ist theoretisch einwandfrei. Praktisch jedoch haben die tschechischen Sozialdemokraten während der schwachen Czernyregierung und der parlamentarischen Nebenregierung der Peška jede Gelegenheit benützt, ihre Klassenkämpfe auf das ministerielle Mindestmaß zu beschränken. Wie leicht werden sich im Verein mit Zebela und Raschin Klassenkämpfe ausführen lassen!

Für „spezielle“ Forderungen des Proletariats will die tschechische Sozialdemokratie einen Block schaffen, der sich aus allen Parteien zusammensetzt, die sich zum demokratischen Sozialismus bekennen... — für die Befriedigung nationalistischer Forderungen tritt sie in die Regierung ein. So eine spezielle Forderung des Weltproletariats ist die Sozialisierung der Gruben, eine „spezielle“ der tschechischen Chauvinisten jedoch ist die Nationalisierung der Gruben, das heißt die planmäßige Entnationalisierung Deutschböhmens durch den Übergang des Grubeneigentums aus den Händen des deutschen in die des tschechischen Finanzkapitals. Die tschechische Sozialdemokratie hat sich bei dieser Forderung für die Körperhälfte auf dem Regierungsausschuß entschieden. Eine spezielle Forderung des Weltproletariats ist die Befreiung aller Völker aus nationaler Bedrückung, die tschechische Sozialdemokratie hat sich jedoch zum „rücksichtslosen Auftreten gegen die Irredenta“ entschlossen. Wie schwer ist es für sie, spezielle Forderungen des Weltproletariats von allgemeinen der alltschechischen Koalition zu trennen. Abrüstung heißt der Ruf des Weltproletariats, aber allem Anschein nach wird Hummelhans für die Ausgestaltung des tschechischen Heerwesens Sorge zu tragen haben...

So werden die tschechischen Sozialdemokraten wieder in die Regierung eintreten. Alle Kämpfe gegen das deutsche Volk werden sie im „Geiste Tufars“ mitkämpfen und gegen alle revolutionären Forderungen der Arbeiterschaft werden sie sich bei sonstigem Zusammenbrechen der allnationalen Koalition stellen. Kein Glückwunsch kann diese Partei auf ihrem neuen alten Wege geleiten, der weit fortführt vom Wege des internationalen Sozialismus.

### Das Betriebsrätegesetz unterzeichnet.

Prag, 5. September. Der Präsident der Republik hat das Betriebsrätegesetz am 3. ds. unterzeichnet, seine Kanzlei jedoch beauftragt, die Regierung auf die Notwendigkeit einer Novellierung des Gesetzes aufmerksam zu machen, denn als dem § 26 des Gesetzes eine vom Regierungsentwurf abweichende Fassung gegeben wurde, wurde daran verfaßten, die Funktionsperiode der Mitglieder der Schiedsgerichtskommission festzustellen.

### Eintritt der tschechischen Sozialdemokraten in die Regierung.

Prag, 5. September. Das tschechische Presbüro meldet: Gestern fand eine Versammlung der erweiterten Vertretung der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei unter dem Vorsitz der Parteipräsidenten Abg. A. Nemec statt. Es waren 76 Mitglieder der Vertretung, 138 Bezirksvertrauensmänner, 17 Sekretäre und 4 Chefredakteure von Parteitagesblättern anwesend. In das Präsidium wurden die Abg. Nemec, Kofel und Kabrhel gewählt. Ueber die politische Situation und über den Standpunkt des Volkswirtschaftsausschusses zur Parlamentarisierung der Regierung erstattete das Mitglied des Volkswirtschaftsausschusses Kofel Bericht. Nach ihm referierte Abg. Benda über die Verhältnisse in der Slowakei und erklärte, die Bildung einer parlamentarischen Regierung, welche den Unruhezuständen in der Slowakei ein Ende setzen würde, für dringend notwendig. An der Aussprache nahmen die Vertreter aller Gauen teil, welche übereinstimmend die Überzeugung der Parteimitglieder zum Ausdruck brachten, daß die Lage des Staates die Ersetzung des bürokratischen Regimes durch eine parlamentarische Regierung fordert. In einer angenommenen Resolution wird erklärt: Die Partei stimmt der Parlamentarisierung der Regierung zu, damit sich unser Staat, der in ganz Europa wachsenden Reaktion erwehrt. Die Parlamentarisierung erfordert weiteres auch die heimischen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Schließlich gelangte die arbeitende Klasse nach dem ein Jahr hindurch mit der Koalitionregierung gemachten Erfahrungen zu der Anschauung, daß die Klassenkämpfe wirksamer und erfolgreicher während einer demokratischen und parlamentarischen Regierung geführt werden. Weiters wird das Bedauern darüber ausgesprochen, daß die deutschen Sozialdemokraten in Verleumdung der internationalen und heimischen Situation ihre Kräfte in einer unfruchtbaren Opposition verstreuen und hierdurch die Stellung der Klasse gegenüber der Arbeiterschaft stärken. Da eine staatsbildende Mehrheit ohne Teilnahme sämtlicher tschechischer Schichten nicht möglich ist, erklärt sich die Partei mit der heute einzig und allein möglichen Bildung einer Regierung sämtlicher tschechischen Parteien einverstanden und wünscht, daß die Minimalforderungen der Partei, für deren Erfüllung sie in die Regierung eintritt, von den übrigen Parteien loyal erfüllt werden. Diese Bedingungen sind: Trennung des Staates und der Schule von der Kirche, Ausbau der sozialpolitischen Versicherung (Arbeiter-Unfallversicherung, Witwen- und Waisenversorgung) und Unifizierung der gesamten Arbeiterversicherung, Nationalisierung der Gruben, Sicherung einer ordentlichen Approvisionierung, insbesondere der armen konsumierenden Schichten, energische Bekämpfung des Wuchers, eine Tätigkeit der staatlichen Organe zur Förderung der Industrie- und Handelskrisis und der daraus sich ergebenden Arbeitslosigkeit, eine energischere und raschere Durchführung der Bodenreform, eine gerechte Regelung des Urbareigentums in der Slowakei, eine Ausdehnung der gesamten bisherigen sozialpolitischen Gesetzgebung auf die Slowakei und Karpatenrußland, eine vollkommen einheitliche Gesetzgebung im gesamten Staate, eine Vereinfachung und Verbesserung der öffentlichen Verwaltung und die Durchführung des Gangeses. Einige weitere Resolutionen und Anträge wurden dem Volkswirtschaftsausschuß und der Parteivertretung zur Durchführung zugewiesen. Außerdem wurde der Wunsch ausgesprochen, im Parlamente möge für spezielle Forderungen der arbeitenden Klasse ein Block gebildet werden, der sich aus allen Parteien zusammensetzt, welche

lich zum demokratischen Sozialismus be- kennen und den tschechoslowakischen Staat prin- zipiell nicht ablehnen. Der Kongress fordert, daß gegen die Deutschen, die von dem Kabi- nette Lufar eingeleitete Politik eingehalten werde. Den Vertretern der Partei in der Re- gierung wird zur Pflicht gemacht, rücksichtslos gegen die Irredenta aufzutreten.

Das Sekretariat der Partei versandte an sämtliche Organisationen besondere Zuschrif- ten, durch welche in allen Organisationen eine allgemeine Abstimmung darüber vorgenommen werden wird, ob der Eintritt von Vertretern der Partei in die Regierung gebilligt wird.

### Die Republik und die Republikaner.

Das tschechische Volk hat seine Republik und dazu recht gute, wenn auch von ihm nicht nach Gebühr geschätzte Republikaner erhalten. Das sind vor allem die deutschen Arbeiter, die die tschechisch-bürgerliche Presse beifällig und ge- flüssentlich mit den Sackentzählern zu verwech- seln liebt, und die gar nichts mit einer alten oder neuen Monarchie gemein haben. Dann sind gute Republikaner unstreitig auch die tschechischen Arbeiter; nichts zieht sie zur alten Monarchie zurück und der größte Teil der tsche- chischen und alle deutschen Arbeiter sehen mit Mißbehagen die höfischen Allüren der tschechi- schen Republik. Aber ist der „staatsverhaltende“ tschechische Bürger ein guter Republikaner? Mit nichten! Er ist mir ein lauter Republikaner, im stillen jedoch dient er nicht seiner Re- publik, sondern nur seinen persönlichen, eigen- sündigen Interessen. Die „Narodni Listy“, die es doch wissen muß, schreibt über die unrepu- blikanische Mentalität des tschechischen Re- publikaners: „Das Verhältniß unserer Par- teien zu unserer Republik ist geradezu verblüf- fend, auch wenn wir Rücksicht nehmen auf die politische Erziehung, die unsere lange Vergan- genheit bedingt hat. Unsere Republik ist uns nicht etwas, an dem wir teilhaben, sie ist et- was, was außer uns steht, irgend eine reiche Tante, die in unsere Häuslichkeit hineingezo- gen ist, und die man bei Besuchen noch tüchtig schreien muß, damit sie nach ihrem Tode nicht Alles irgendeinem Kloster überläßt. Un- sere Politik der Postulate, die wir gegen das ehemalige Oesterreich trieben, war dagegen viel klüger und vernünftiger. Die Eisenbah- nen, Schulen, die Wasserwege, die wir von der Wiener Regierung erstritt haben, waren eine faktische unabweisliche Notwendigkeit der ganzen Nation, und wir haben uns einen ge- rechten Anteil an den staatlichen Ausgaben, zu dem wir doch einen großen Teil der Steu- ern beigetragen haben, verlangt. Heute aber bemühen sich unsere politischen Parteien um Geschenke von der Republik, die wohl zu Gun- sten eines Teiles ihrer Parteigänger, aber zum Schaden der ganzen Republik ausfallen. Alle diese „staatsverhaltenden“ Parteien der Republik, die in die staatlichen Ämter und Unternehmungen die unfähigsten und über- flüssigsten Beamten und Angestellten setzen, die auf Führerposten Menschen hinstellen, die nicht einmal die Eignung zum Landbürger- meister haben, die die Untertanen des Staates nach dem Volksglauben durch Überlaß heilen, welche Regierungskreisen nach der Laune ihrer Ministerkandidaten arrangieren, welche das wirtschaftliche Leben durch ihre unumgänglichen Vorschriften droffeln, die ihre Anschauungen nach der Art der Geschenke wechseln, sie unter- wühlen die Grundlagen der Republik ebenso oder noch bewusster, wie die offensichtlich de- struktiven Parteien.“ Das Gesandnis der „Narodni Listy“ ist von großem Werte. Die tschechischen Patrioten, die nicht genug über die staatsfeindlich destruktive Tätigkeit der Deut- schen in ihrem Staate wettern können, mögen sich erst selbst zu wirklichen Republikanern wandeln!

### Die Schweizer bürgerliche Presse und die Tschechen.

Das Regierungsblatt „Ceskoslovenska Re- publika“, der „Venkov“, die „Narodni Politika“ und andere tschechische Blätter reproduzie- ren mit großem Behagen die Epistel der „Ba- seler Nationalzeitung“ an die Deutschen in den Sudetenländern, die zuerst in der „Reichen- berger Zeitung“ wiedergegeben wurde. In diesem Wasser Artikel wird den Deutschen der größte Teil der Schuld an den unerquicklichen Zuständen in der Tschechoslowakischen Republik zugeschoben. Sie wollen den Tschechen in deren eigenem Staate nicht die Gleichberechti- gung ihrer Sprache zuerkennen, sabotieren den jungen Staat und hoffen nur, daß ein neuer schrecklicher Weltkrieg ihre ersehnte Vereini- gung mit Deutschland ermöglichen werde. In Deutschböhmen und den böhmischen Bädern ist nichts von einer Tschechisierung oder Ver- gewaltigung der Bewohner des Landes zu be- merken, an dessen Vernichtung die Deutschen arbeiten. — Die feindlichen Deutschen in Böhmen, denen das Beispiel der Einzeiner vor- schwebt, fördern die Demokratie Freiheit und Erläuterung des jungen Staates und geben

damit den Legionären Ursache sich als Beschüt- zer des Vaterlandes zu gebärden. In Kluffig und in Reichenberg aber spielen die Deutschen die undankbare Rolle von Ulster. Dort wird keineswegs um die Gleichberechtigung, sondern um die Vorherrschaft gekämpft und sie wollen lieber das Leben des ganzen Staates verder- ben, ehe sie in etwas von ihrer alten Hegemonie ablassen. Derart sind nach den genannten Blättern die Ausführungen des Schweizer bürgerlichen Blattes, die den Tschechen so mundgerecht erscheinen, daß man sich des Ein- druckes nicht erwehren kann, als würde der Artikelschreiber der tschechoslowakischen Propa- gandaabteilung für seinen „Einblick“ in die nationalen Verhältnisse sehr verpflichtet sein. Daß aber die tschechische offiziöse Legende über die nationalen Verhältnisse dieses Staates in der schweizer bürgerlichen Presse ein so offenes Ohr findet, dies hat seinen Grund darin, daß der heutige Schweizer Bourgeois aus Ge- schäftsrücksichten nach Frankreich gravitiert und um des leidigen materiellen Interesses willen die politische Welt durch französische Brillen anschauen gewillt ist. Beginnend mit dem heu- tigen Schweizer Spieker sogar seine Zugehörig- keit zum Reich der hochdeutschen Schrift- sprache schon peinlich zu werden und es sind gerade die bürgerlichen und „gebildeten“ aka- demischen Kreise, die sehr im Gegensatz zum Verhalten des Proletariats demüht, die hoch- deutsche Schriftsprache nicht nur im Privat- leben, sondern auch im öffentlichen Vortrag und sogar auf der Universität zu Gunsten des Schweizerdeutschen und Französischen zurück- zudrängen. Die schweizerischen Besonderheiten werden auffällig betont, die Französelei macht sicheresprechend breit. Das auf der Seite der schweizerischen Profitmacher kein Verständnis für die Tschechen und Deutschen zu finden ist, darauf brauchen sich die Tschechen und insbe- sondere das Regierungsblatt nicht gar so viel zu Gute zu halten.

Eine unter den vielen Ärgern der „Prager Presse“. Das Blatt, das bekanntlich zu dem Zwecke gegründet wurde, die Deffentlich- keit des Auslandes über die tatsächlichen Ver- hältnisse in der Tschechoslowakei zu deinför- mieren, meldete vor einigen Tagen, daß die Brüner Kommunisten Beträge aus dem Ar- beiterhilfsfonds für Rußland zum Begräbnis des Genossen Hübisch verwendet haben. Trotz der offensichtlichen Tendenz und Unwahrschein- lichkeit, nämlich die proletarische Hilfsaktion zu diskreditieren, haben die Brüner Arbeiterin- stitutionen auf Aufforderung des Brüner Hilfskomitees eine gründliche Unter- suchung eingeleitet, deren Resultat in fol- gendem Protokoll niedergelegt wurde:

„Nach den in den letzten Tagen durch die „Prager Presse“ und die anderen bürgerlichen Blätter lanzierten Meldungen wurde am 1. September eine Revision des Hilfsfonds für das hungernde Rußland unter Anwesen- heit der gefertigten Vertreter der vereinigten sozialistischen Gewerkschaftszentralen durchge- führt und hierbei festgestellt, daß der Kassa- stand in vollständiger Ordnung sei. Infolgedessen beurteilen wir auf das Entschiedenste die Schreibweise jener bürger- lichen Blätter, welche mit verhehenden Mel- dungen Nachrichten verbreiten, nach welchen der genannte Fonds für die Bezahlung der mit dem Begräbnis des Senators Hübisch verbundenen Ausgaben verwendet worden sei. Diese Meldungen sind ganz nieder- trüchlich und haben den Zweck, die Arbeiter- schaft zu verwirren, damit sie dem proletari- schen Rußland ihre Hilfe entzieht.“

Die Landesgewerkschaftskommission: Pavil, Müller.

Die tschechische Arbeitergemeinde: Probag- nil, Odar.

Die tschechische soz.-dem. Organisation: Zdrasil.

Die Genossenschaftsorganisation: Koleza.

Verband der korporativgenossenschaften: Placel.

Das tschechische sozialistische Zentrum. „So- cialni Demokrat“, das Wochenblatt der tsche- chischen sozialdemokratischen Linken, schreibt über die gegenwärtige politische Stellung der Partei folgendes: „Wir werden gegenüber bei- den Parteien (das ist den Rechten und den Kommunisten (Anm. d. Red.) eine völlig selb- ständige politische Linie bewahren. Die Ge- werkschaftsbewegung kann allein unseren Standpunkt akzeptieren. Es handelt sich um die wirtschaftliche Hebung der Gewerk- schaften mit den Methoden des parlamentari- schen Lebens. Wir wollen die errungene Stel- lung und die Lage zur Erreichung von For- derungen ausnützen, alles unter dem Ge- sichtspunkte des Marxismus. Für uns sind jedwede Realisationsvereinbarungen mit nichtsozialistischen Parteien ausgeschlossen und wir würden wünschen, daß die Gewerk- schaften mit unserer Partei zusammenarbeiten, selbstverständlich unter Wahrung ihrer völligen Autonomie.“

### Beitritt der Schweizer zur inter- nationalen Arbeitsgemeinschaft.

Luzern, 5. September. (Schweiz. Dep.- Ag.) Hier fand der Kongress der sozia- demokratischen Partei der Schweiz statt. Von aus- ländischen Vertretern waren u. a. erschienen: Rosenfeld für die unabhängige soz.-dem.

Partei Deutschlands und Friedrich Adler- Wien. Grimm vertrat den Antrag der Ge- schäftsleitung, die schweizerische demokratische Partei möge der in Wien gegründeten inter- nationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, beitreten, welcher zur Zeit Organi- sationen von 12 Ländern angehören. Der Ein- tritt wurde mit 245 gegen 13 Stimmen beschlossen. In das Bureau der interna- tionalen Arbeitsgemeinschaft wurden als Ver- treter der deutschen Schweiz Grimm, der französische Schweiz Graber gewählt. Ker- ner wurde der Beschluß gefaßt, daß jedes Par- teimitglied sein politisches Mandat niederlegen müsse, wenn es in Institutionen, wie dem Völ- kerbund, dem internationalen Arbeitsamt usw., eine Vertrauensstellung annehme.

### Die Abrüstungsfrage vor dem Völkerbund.

Genf, 4. September. Unter dem Vorsthe des italienischen Delegierten Schanzer hielt ge- stern nachmittags die Kommission für Einschränkung der Rüstungen eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die von der Untersuchungskommission aufgearbei- teten Berichte dem Völkerbunde und der Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die von der Vollversammlung vorzulegen. Es handelt sich um die Berichte der Unterkommis- sion für Statistik, die einen ausführ- lichen Fragebogen aufgearbeitet hat, in dem die Regierungen Angaben machen sollen über militärische Aufwendungen usw.

Hierauf folgte die allgemeine Diskussion über diese Berichte. Dabei machte der englische Delegierte Fisher die Bemerkung, daß die Vorbedingungen zu einem offe- nen Meinungs austausch nicht ge- geben seien, da die Vereinigten Staaten, Rußland und Deutsch- land dem Völkerbunde nicht ange- hörten. Es wäre daher möglich, daß aus diesem Grunde manche Regierung die Antwort auf einzelne Fragen verweigern wird. Dadurch wäre die Autorität des Völkerbun- des geschwächt. Erst wenn alle Staaten Mitglieder des Völkerbundes seien, könne er fragen, was er immer will. Dagegen führte der italienische Delegierte Schanzer und der französische Experte Fouquet aus, daß der Völkerbund eine entscheidende Aktion betreffs der Abrüstung unternehmen und fortsetzen müsse und daß umso mehr, als die Entwertung der Washingtoner Konferenz dieser Frage eine erhöhte Bedeutung gebe. Sollten einzelne Regierungen die Antwort verweigern, so könne das die Autorität des Völkerbundes nicht schwächen. Außerdem seien gemäß Art. 88 des Statutes die Regierungen zur Antwort verpflichtet, wenn der Völkerbund aber zögere, gebe er seinen Mitgliedern das Gefühl, daß sie von ihm nicht gestützt werden, was einen allgemeinen Bankrott nach sich ziehen könnte.

Die Abstimmung in dieser Angelegenheit ergab 15 Stimmen für den Antrag, 3 dagegen und eine Stimmenthaltung. Somit wurde der Antrag der Unterkommission angenommen. Es ist jedoch beabsichtigt, zunächst mit der Sammlung aller Statistiken in der Frage zu beginnen und nur, wenn es notwendig ist, wird man die Fragebogen be- hufs Ergänzung der Statistiken versenden.

### Die Kontrolle der deutschen Abrüstung.

Genf, 3. Sept. Der Presse wird mitgeteilt, daß in der gestrigen Sitzung der Unterkom- mission zur Kontrolle der Rüstungen, in der der französische Abgeordnete Roblemaire den Vor- sitz führte, eine Debatte über die Auslegung des Art. 213 des Versailler Vertrages über das Untersuchungsrecht stattfand. Es handelt sich darum, festzustellen, ob der Völkerbund dieses Recht gleich- zeitig mit den interalliierten Kontrollkommissionen, die gegen- wärtig in Deutschland arbeiten, ausüben könne. Roblemaire vertrat den Standpunkt, daß der Völkerbundrat von diesem Rechte erst an dem Tage Gebrauch machen könne, an dem die interalliierten Kontrollkom- missionen ihre Tätigkeit einge- stellt haben. Die Untersuchungskommission schloß sich dieser Auffassung an.

### Eröffnung der Völkerbundsversammlung.

Genf, 5. September. Die Schweizer Ta- gung der Völkerbundsversammlung wurde heute vormittags im Genfer Reformations- Saale vom Vorsitzenden des Völkerbundesrates Wellington Koo (China) eröffnet.

Genf, 5. September. (Wolff.) Die Völ- kerbundsversammlung trat heute nachmittags vor 4 Uhr zu einer Konferenz zusammen. Die Kommission für die Prüfung der Vollmachten hatte von dem Ergebnisse ihrer Arbeiten nichts vorzulegen, da verschiedene Delegierte noch keine Vollmachten vorzeigen konnten. Man schritt hierauf zur Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten.

### Die deutschen Reaktionäre haben schlechte Zeiten.

Koburg, 3. September. (Wolff.) Auf dem Schloßplatz fand nachmittags eine von den sozialistischen Parteien veranstaltete Kundgebung für die Republik statt. Nach Reden der Führer hörte man in den Straßen Schüsse und Handgrana- tendetonationen. An den Zugängen der Straßen nach dem Marktplatz kam es zu Zu- sammenstößen mit der grünen Landespolizei. Die Versammlung war behördlich genehmigt, der Demonstrationzug jedoch vom Stadtkommandanten verboten wor- den. 12 Personen aus dem Publikum wurden durch Schüsse und Handgranaten verletzt.

Berlin, 4. Sept. Von den Blättern wird über Verhinderung militärischer und ähnlicher Veranstaltungen ge- meldet. Präsident Noske verbot die Re- gimentsfeiern in Hannover und warnte die Bevölkerung vor Ausschreitungen aus politischen Gründen oder wegen der Wucherpreise. Die sächsische Regierung verbot einen Vortrag des Generals von Briesberg über die Schuld am Weltkriege. General von Francois wurde in Heer- feld von der Menge an einem Tannen- bergvortrag gehindert.

Chemnitz, 3. Sept. Um Sedanfeiern zu verhindern, zogen Trupps von De- monstranten vor verschiedene Lokale. Die Se- danfeiern waren jedoch abgefaßt. In der Reformschule, wo eine Versamm- lung stattfand, forderten die eingebrungenen Demonstranten die Abgabe etwa vorhandener Waffen und das Verlassen der Schule durch die Schüler. In der hierauf entstehenden Rau- ferei fielen Schüsse, wodurch ein Bauar- beiter getötet und mehrere Schüler verwundet wurden.

### Wirths Gericht über den Nationalismus.

Berlin, 6. Sept. (Wolff.) Reichsanzler Dr. Wirth hielt gestern in einer Versamm- lung der Zentrumspartei eine Rede. Er stellte eine Parallele auf zwischen den Blutaten von Sarajewo und von Griesbach und sagte unter anderem: „Sollen wir, wie nach dem Schuß von Sarajewo außenpolitisch, heute innerpoli- tisch und in den Krieg hineingehen lassen? Nein! Wir wollen die Republik mit al- ler Kraft schützen, wir verabschauen jede Gewalttat. Wir müssen aber nicht nur Ex- zesse abwehren, sondern auch ihre Quellen ver- stopfen, welche die Gedanken des Mordes ver- herrlichen. Wir wollen nicht etwa einen Kon- flikt mit dem bayerischen Volke, wenn auch dort extreme Elemente mit dem bayerischen Volke extreme Elemente Treiberien veranstalten. Es ist der Geist des neuen Volksstaates, daß wir nicht Konflikte suchen, sondern sie meiden und am Verhandlungstische lösen. Als der Krieg hereinbrach, wo war im deut- schen Volke einer, der führenden Gewalten in den Arm gefallen wäre? Heute aber wo wir mit dem Gedanken der demokratischen Selbst- bestimmung Einsitz zu gewinnen anfangen, da erheben sich in Deutschland reaktionäre Kräfte, die gerade dieses demokratische Ver- nichten wollen. Wer sein Land liebt, der folge der Fahne der deutschen Republik. Einer der größten Irthümer, von denen unser Volk befreit werden muß, ist der, daß nationale Gesinnung, nationaler Stolz und patriotische Hingaben nur auf dem Boden der Monarchie blühen. Viel mehr, als es nach außen bekannt wird, steckt republikanischer Wille und republikanischer Stolz in unserem Volk. Wir brauchen ein Gesetz, das die Ehre der Mitmenschen und derjenigen, welche im politischen Leben stehen, wahrt. Welcher anständige Mensch wollte sonst noch in die Po- litik gehen und sich den vergifteten Waffen der Verleumdung aussetzen? Ich erinnere nur an die Hege gegen Walter Rathenau, der sei- nem Vaterlande die größten Dienste geleistet und die schwersten persönlichen Opfer gebracht hat. Und nun dieses Elend antifemistischer Hege gegen ihn! Gewiß, er ist seinem Glauben treu geblieben. Gerade wir, Katholiken, müs- sen den Hut ziehen vor jemandem, der für seine Ueberzeugung eintritt. Der größte Teil des deutschen Volkes ist guten Willens, den Satz zum Abbau zu bringen. Uns leitet der große Gedanke des Rechtes. Wenn auch kriegerische Mächte in vielen Ländern die Völ- ker von neuem in ein Meer von Haß und Blut stürzen wollten, es ist die uralte Sehnsucht der Völker, daß der Gedanke des Friedens und des Rechtes unter der Menschheit wieder einziehe. Dies ist die Parole der Republik. Solange ich Reichsanzler bin, werde ich diesen Weg gehen. Ich werde alle Extreme abwehren, wenn es sein muß, mit allen Mitteln unserer staatlichen Macht. Unser Volksstaat wird nicht erzwungl werden durch die Drachensaat dunkler Mächte. Er wird sich durchsetzen und eine Großmacht des Friedens werden.“

### Die Antwort der Iren.

Eine Weisung unter Möglichkeit weiterer Verhandlungen.

London, 4. September. (Reuter.) Die Sinnfeiner haben die Friedensvorschläge Lloyd Georges abgelehnt. Die irische Antwort ist heute abends bekanntgegeben worden. Sie erklärt, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne und das fundamentale natürliche Recht in Anspruch nehme, frei für sich selbst zu wählen, um sein nationales Geschick zu verwirklichen. Die Iren hätten sich mit überwiegender Mehrheit für die Unabhängigkeit ihrer Republik erklärt und diesen Beschluß mehr als einmal bestätigt. England handle, als ob Irland durch Abschluß einer Union mit ihm verbunden wäre, die eine Trennung verbiete. Gestützt auf diese Theorie nehmen Regierung und Parlament in England das Recht in Anspruch, über Irland zu herrschen und ihm Gesetze zu geben, selbst bis zu dem Grade, daß sie das irische Gebiet gegen den Willen des Volkes teilen und jeden irischen Bürger, der die Untertanenpflicht ablehne, töten oder ins Gefängnis werfen. Die Iren lehnten die am 20. Juli übermittelten englischen Vorschläge, die in fundamentaler Weise auf dem englischen Standpunkte beruhen, unwiderruflich ab. Die Vorschläge seien nicht eine Einladung an Irland, in eine freiwillig gewählte Gemeinschaft mit den freien Nationen des britischen Reiches einzutreten, sondern die Bedingungen anzunehmen, die sich aus einem endgiltigen minderwertigen Status ergeben. Die britischen Dominions seien alle gegen eine Herrschaft Englands geschützt nicht nur durch ein anerkanntes verfassungsmäßiges Recht, das ihnen Gleichheit im Status und absolute Freiheit vor der englischen Kontrolle gebe, sondern durch tausende Meilen, die sie von England trennen. Irland wird weder die Garantie der Entfernung noch des Rechtes haben. Irland sei in zwei künstliche Staaten geteilt, von denen ein jeder den Einfluß des anderen untergrabe und die beide der militärischen und wirtschaftlichen Kontrolle Englands unterworfen seien. Die irische Antwort besagt zum Schluß, daß es den Iren gestattet sein muß, die hauptsächlichsten historischen und geographischen Tatsachen zu betrachten. Sie seien damit einverstanden, daß ein neutraler, unparteiischer Schiedsrichter zwischen Irland und England entscheide. Die Iren würden nur Widerstand leisten, wenn die Engländer damit drohten, ihren Standpunkt mit Gewalt zu unterstützen. Drohungen mit der Gewalt müßten ausgeschlossen werden, um es zu ermöglichen, daß Verhandlungen zusammenzutreten, die durch keine Bedingungen verhindert würden, außer durch die Tatsachen selbst. Die Verhandlungen müßten willens sein, die Streitpunkte nicht durch einen Appell an die Gewalt zu lösen, sondern durch die Bezugnahme auf den leitenden Grundsatz, über den gemeinsames Einverständnis herrsche. Die Iren schlagen als Grundsatz vor: Eine Regierung mit Einwilligung der Regierten, den die Engländer immer als einen speziell britischen Standpunkt für sich in Anspruch nehmen. Dieser Grundsatz sei die einzige Grundlage für die Beratungen der englischen und irischen Vertreter. Auf dieser Grundlage sei man bereit, sofort Verhandlungen zu erneuern.

### Die Hungerkatastrophe in Rußland.

Ein Aufruf der Regierung.

Moskau, 3. September. Der Zentralausschuß erklärt an alle Bürger der russischen Sowjetrepublik einen Aufruf in welchem es heißt: Vom 15. September bis 15. Oktober wird zur Hilfeleistung in die Hungernden eine allrussische „Woche“ proklamiert. Diese Woche soll der entscheidende Augenblick der Hilfskampagne zu Gunsten der Hungernden werden. Im Verlaufe der „Woche“ sollen die gesamte Aufmerksamkeit und alle Kräfte der einzelnen Bürger sowie der Sowjetorgane der Republik der Frage der Bekämpfung des Hungers gewidmet werden. Jeder Bürger ist verpflichtet, sich dessen bewußt zu werden, sich die Republik dem regelrechten Aufbaue des wirtschaftlichen Lebens insoweit nicht werde widmen können, als nicht der Sieg an der Front des Kampfes gegen den Hunger errungen sein wird, welcher die gesamte arbeitende Bevölkerung mit unbeschreiblichen Leiden bedroht. Möge jeder Bürger der Sowjetrepublik dessen eingedenk sein, daß das gegenwärtig von einer Katastrophe bedrohte Wolgagebiet während drei Jahren das ganze Land ernährt hat und daß falls diese Getreidekammer der Republik nicht wieder hergestellt wird, niemand Rußland zu Hilfe eilen werde. Weßt daher, heißt es in dem Aufrufe weiter, was Ihr könnt, an Arbeit, Produkten und Mitteln. Die Arbeiter mögen für den

Hilfsfond ein Teil ihres Lohnes und des Prämienfonds beisteuern. Die Bauern aus den glücklicheren Gouvernements mögen ihren von einer schweren Katastrophe betroffenen Brüdern dadurch zu Hilfe kommen, daß sie die Abführung des Getreidezehents beschleunigen, damit die ohne Getreide gebliedenen Bauern ihre Felder besäen und ihre Wirtschaften vor dem Verderben schützen können. Unterfertigt ist der Aufruf vom Vorsitzenden Kalinin und vom Sekretär Jenukidse.

Ransens Hilfsaktion.

London, 4. September. Ransen setzt in einer Besprechung mit den Vertretern des englischen Hilfskomitees für die russische Hungersnot die Einzelheiten seines Abkommens mit der Sowjetregierung auseinander, ebenso die Pläne, die er als vom Roten Kreuze in Genf ernannter Direktor des russischen Hilfswertes ausgearbeitet hat. Die Sowjetregierung hat Ransen alle Vorrechte und Sicherheiten angeboten, die sie Hoover gewährt hat, außerdem weitere Sicherheiten, die für einen glatten Verlauf der Unterstützungsarbeiten von noch größerer Bedeutung sind. Ransen und Hoover werden verschiedene Methoden befolgen, weil Hoover sich auf die Aufgabe beschränken will, in gewissen Zentren die Kinder zu ernähren, während Ransen sich mit den Bedingungen der Hungersnot als einem Ganzen beschäftigen will, inbegriffen die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Sämereien und Arzneien. Ransen muß daher in weitgehendem Maße durch Vermittlung der örtlichen russischen Behörden arbeiten. Die Sowjets haben den Grundgedanken der Beaufsichtigung durch Ransens Vertreter anerkannt.

### Ein russischer Ausweisungserlass.

Moskau, 5. September. (Frankfurter.) Der Rat der Volkskommissare verfügte, daß ausländische Staatsangehörige, die ihre Lebensführung und Tätigkeit nicht mit den Grundsätzen des Arbeiter- und Bauernstandes in Einklang bringen zu wissen, ungeachtet früher erteilter Aufenthaltserlaubnisse ausgewiesen werden können.

### Polen in Gärung.

Dem „Berliner Tagblatt“ zufolge hat ein Aufruf der Regierung, in welchem an die patriotischen Gefühle der Streikenden appelliert wird, die Aufforderung der Streikleitung an die Eisenbahner zur Folge gehabt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Hat sich nach dieser Seite also die Lage der Regierung gebessert, so steht sie desto hilfloser der Posener Bewegung auf Autonomie gegenüber, die, ursprünglich eine Forderung der Rechtsparteien, nun auch von Anhängern der Linken verlangt wird. Denn jetzt verspricht man sich von dieser Autonomie nicht nur, wie es die Reaktion hoffte, eine Verhinderung der Witteraufstellung, sondern sieht in ihr das einzige Mittel, um der in Kongresspolen herrschenden Forderung zu entsprechen, die seit der Aushebung der Wimmengrenze und der Einführung des „freien Handels“ sind, flutartig hereinbricht. Damit wächst der Widerstand gegen die aus Kongresspolen und Galizien importierten Beamten und ihre verächtlichen Methoden, und was das Schlimmste ist, so treue Patrioten wie Nationalsozialisten und Merkale stehen an der Spitze der Bewegung. Auch hier wieder zeigt es sich, daß vor den harten Tatsachen der Wirklichkeit die romantischen Phrasen von Einheit, Vaterlandsbefreiung u. dgl. wie Ören verfliegen. Des weiteren geht es Witos im Parlament recht schlecht, auch Koalitionsparteien frontieren gegen das Budget. Gölle es nicht, Oberschleiens wegen einen gewissen Schein von Bedauern zu wahren, so wäre es um das Kabinett Witos bestimmt geschehen.

Warschau, 5. September. Schatzminister Steczkowski beharrt auf seiner Rücktrittsabstimmung. Die offizielle Resignation werde Dienstag erfolgen.

Warschau, 5. September. Die „Twa Reforma“ erfährt, die polnische Regierung werde in diesen Tagen gegen die Sowjetregierung eine energische Demarche wegen der systematischen Sabotage des Pariser Vertrages und der aus demselben sich ergebenden Verpflichtungen vornehmen. (Den Mund vollnehmen können die Herren immer, selbst wenn ihnen das Wasser schon an den Hals reicht.)

Warschau, 4. September. (Laureuz.) Der Ministerrat befahl sich in seiner am 3. d. abgehaltenen Sitzung mit der Liquidation des Ministeriums des ehemaligen Preussisch-Polen. Die verschiedenen Abteilungen dieses Ministeriums werden den entsprechenden Behörden zugewiesen und verbleiben in Polen. Die Liquidation wird am 31. Dezember d. J. beendet werden. (Damit geschieht ein weiterer Schritt zu der von den Posenern bekannten Liquidierung.)

### Auch in Rumänien gärt es.

Bukarest, 4. September. Der Ministerrat hat sich in seiner letzten Sitzung mit den Verhältnissen in Becharabien beschäftigt und strenge Maßnahmen zur Herbeiführung völliger Ruhe in diesem Gebiete beschließen. Die Anarische der hungernden bolschewistischen Banden am Donjeß hören nicht auf. Im ganzen Gebiete macht sich russophile Propaganda

breit und werden Attentate verübt. Die Situation ist ernst. Die Regierung hat dem rumänischen Konsulat in Budapest Weisung erteilt, Passvisa nach Rumänien einzustellen, so lange die magyarische Regierung nicht die 300 eingekerkerten Rumänen entläßt.

### Ein Bund der baltischen Staaten.

Bukarest, 4. September. (Sig.) Die „Dacia“ erfährt, daß über den Beitritt Finnlands zum rumänisch-polnischen Bündnis verhandelt wird. Der hiesige finnische Gesandte Tanner ist zu diesem Zwecke nach Helsingfors abgereist. Der rumänische Gesandte Mesnita verhandelt mit den Vertretern Lettlands und Estlands bezüglich der Gründung eines Bundes der baltischen Staaten.

### Die Unruhen in Marokko.

Madrid, 4. September. (Havas.) Ministerpräsident Maura hat erklärt, daß in Melilla Ruhe herrscht und daß die Aufständischen am 31. v. M. blutig zurückgeschlagen worden sind. Am 5. d. dürfte der spanische Vormarsch in Marokko beginnen. Zu: Die Hungerkatastrophe in Rußland.

### Aufbruch in Indien.

London, 4. September. Der Gouverneur von Madras, Lord Willington, meldet, daß die Situation nicht bloß in Malabar, sondern auch anderwärts der Regierung beträchtliche Sorgen bereitet. Ueberall zeigt sich staatsfeindliche Propaganda, doch ist die Regierung entschlossen, Ordnung zu schaffen. Der Führer der indischen passiven Opposition, Ganda, fordert seine Anhänger auf, jede Gewalttat zu vermeiden.

### Schwere Kämpfe gelegentlich des Bergarbeiterstreiks in Westvirginien.

London, 4. September. (Laureuz.) Aus Washington wird gemeldet: Das Kriegsministerium hat weitere Verstärkungen nach Westvirginia entsandt, wo bewaffnete Bergarbeiter und die Ortsmiliz längere Zeit ohne Erfolg auf einer Front von mehreren Kilometern kämpften. Beim letzten Zusammenstoß am 2. d. M. sollen 200 Bergleute gefallen sein.

London, 5. Sept. (Reuter.) „Daily Mail“ meldet aus New-York, daß der Aufbruch der Bergleute in Westvirginien beendet ist.

### Das neue portugiesische Ministerium.

Paris, 3. Sept. Nach einer Meldung aus Lissabon hat sich das neue Ministerium gestern dem Parlamente vorgestellt. In der Ministerialerklärung wird u. a. das Parlament dringend aufgefordert, angesichts der zu erwartenden schweren Arbeitslosen Verhältnisse die größte Aufmerksamkeit auf den Bau von Straßen, Eisenbahnen und Docks anzulegen. In der auswärtigen Politik wird die neue Regierung die Bündnispolitik mit Großbritannien aufrechterhalten und auf eine engere Annäherung an Spanien und Brasilien hinwirken.

### Tages-Meinigkeiten.

Die Fahnen heraus für den Heiligen Stuhl! Die Republik hat schon wieder einmal Fahnen aufgehängt. Die meisten Staatsbürger werden zwar durchaus nicht wissen, warum heute wiederum alle amtlichen Gebäude mit Fahnen in den Farben der tschechoslowakischen Republik geschmückt sind, aber sie werden es sich schon denken, daß wahrscheinlich irgend ein europäischer Potentat Geburtstag feiert und sie wissen es schon, daß sich die Republik solche wichtige Ereignisse niemals entgehen läßt. Die Tschechoslowakei berechtigt nicht nur die Nationalfeiertage der in Prag vertretenen fremden Staaten mit, sie feiert nicht nur die Nationalfeste der Griechen und Polen, der Rumänen, Amerikaner, Dänen und Franzosen, der Bulgaren, Deutschösterreicher und Jugoslawen, sondern in der freien und demokratischen Republik werden auch die Geburtstage der Könige von Belgien und Spanien, von England, Schweden und Italien und der Geburtstag der Königin der Niederlande gefeiert. Nach einem Runderlaß des Herrn Metelka in den Mitteilungen des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur (Nr. 14 vom 15. Juli 1921) müssen an diesen Tagen alle Schulleitungen ihre Gebäude beslaggen. Es trägt ja auch sicherlich viel zur Verankerung des republikanischen Gedankens in den Herzen und Hirnen der Schüler bei, wenn sie beispielsweise sehen, daß am Geburtstage des Königs von Spanien alle Schulen in der Republik beslaggt sind! Heute aber tragen alle amtlichen Gebäude, also auch alle Schulen, Fahnen zu Ehren des Heiligen Stuhls, zu Ehren des Krönungstages Seiner Heiligkeit des Papstes Benedikt XV. Wir fragen: Was geht

Schule und Schüler der Krönungstag des Papstes an? Ist es nicht eine jämmerliche Komödie, immerwährend so viel von der Notwendigkeit der Trennung der Schule von der Kirche zu sprechen und trotzdem an den Schulen für den „Heiligen Stuhl“ Fahnen auszusteden? Die tschechischen Sozialdemokraten, die in der kommenden Regierung wieder vertreten sein werden, erheben in ihrem Programm unter anderem die Forderung nach Trennung des Staates und der Schule von der Kirche. Ist es ihnen recht und werden sie damit einverstanden sein, daß auch weiterhin alle Schulen zu Ehren des Heiligen Stuhles beslaggt werden müssen? Wir haben keinen Grund, viel von dem neuen Habrman zu erwarten, der da kommen wird.

Tschechische Patrioten und russische Studenten. In der gestrigen Prager Gemeinderatsitzung kam der Wunsch des Ministeriums des Außereren zur Beratung, das Bartholomäus-Armenhaus für die Unterbringung der russischen Studenten zu übergeben. Genosse Rosel hob hervor, wie naheinander alle Ministerien das Armenhaus beschlagnahmen wollten, das Postministerium mit der Drohung, sonst keine Telephone einrichten zu können, das Finanzministerium, weil es sonst keine Banknoten drucken könne, aber trotz aller dieser durch die Tatsachen widerlegten Drohungen hat der Stadtrat bisher diese Beschlagnahme immer vertagt. Der Nationaldemokrat Saurat Matejovsky spielte die Angelegenheit ins Hochpolitische und Genosse Professor Dr. Raudnig meinte nach der langen erregten Debatte, wozu eigentlich so viel Lärm notwendig sei, da in Cernost, Dobrichow, Rebnic und so vielen Orten rund um Prag zahlreiche Willen tschechischer Patrioten leer stehen, welche alle russischen Studenten aufnehmen könnten. Er hoffe, daß diese Patrioten ihre Menschenfreundlichkeit und ihr goldenes slawisches Herz beweisen werden, und daß es nicht notwendig sein wird, die Armen ihrer Heimstätte zu berauben. Aber dem Wunsche des Ministeriums wurde mit 46 gegen 41 Stimmen Folge geleistet, indem die katholische Volkspartei mit einem mal ihr Herz für die russischen Studenten entbedte. Was wird das wieder kosten?

Der Gruß der „Arbeiter-Zeitung“. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ widmet in ihrer Sonntagnummer unserem Blatte zur Begrüßung eine längere Notiz, deren Schluß wir im folgenden wiedergeben: „Solange das alte Österreich bestand, wäre den Genossen der Sudetenländer wohl ein großes Tagblatt sehr zustoßen gekommen, doch ein Zentralorgan brauchten sie nicht, denn die „Arbeiter-Zeitung“ führte auch die Politik für sie. Seitdem sie aber in ihrem Staate auf sich selbst gestellt sind, waren sie in einer bitteren Lage. Alle Parteien haben im Mittelpunkt des Staates ihre Zeitungen, können sich hier für das ganze Land und vor dem ganzen Lande vernehmen lassen, doch die deutsche Sozialdemokratie, die größte deutsche Partei im Staate, hatte nur Provinzblätter, zwar gute Zeitungen, doch nur Organe mit schwacher Stimme, die am Orte der politischen Geschehnisse kaum vernommen wurde. Jetzt wurde das deutsche sozialdemokratische Blatt eine unbedingte Notwendigkeit, so groß auch die Hemmnisse waren, die überwunden werden mußten. Am 1. d. ist die erste Nummer des Prager „Sozialdemokrat“, des Zentralorgans der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik, erschienen. Die erste Nummer des Blattes, dem Karl Kautsky einen Willkommgruß geschrieben hat, in dem er die Aussichten des Parteivorstandes über nationale Autonomie darlegt, zeigt von dem Willen und der Fähigkeit, den großen und verwinkelten Aufgaben gerecht zu werden, die das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslowakei harrn. Wir grüßen den neuen Mittkämpfer und sind gewiß, daß er der Partei Ehre und Erfolge bringen wird.“

Prager Versammlungen vom Sonntag. Sonntags veranstaltete die kommunistische Jugend eine Manifestationsumzug durch Prag und eine Versammlung am Kleinfelder Ring. Es beteiligten sich daran ungefähr 6000 Personen. — Auf dem Altstädter Ring fand um 10 Uhr vormittags eine Versammlung der Regionäre statt, an der kaum 500 Personen teilnahmen. — Abends fand vom Burkersplatz in Weinberge ein Umzug der tschechoslowakischen Merikalen Volkspartei statt, mit allegorischen Wagen, welche eine alttschechische Hochzeit darstellten.

Von der Prager Straßenbahn. Vom Mittwoch, den 7. d. M. an wird die Strecke der Elektrischen Nr. 1 zwischen den Stationen Wilsonsbahnhof und Masarykbahnhof durch die Sodova trida und Hybernska ulice führen, anstatt durch die Wolzhanogasse und Mariengasse, wie bisher.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Riesendividenden in der Zuckerindustrie. Von den Unternehmern hört man gegenwärtig die ständige Klage, daß durch eine Erhöhung, ja nur durch eine Stabilisierung der Löhne der Arbeiterklasse der gesamten Industrie in der Tschechoslowakei der Ruin drohe. Die derartige Behauptungen mit der Wirklichkeit in krassem Widerspruch stehen, sieht

man wieder an einer Nachfrist, die jetzt durch die ganze Presse geht. Die Rumburger Zuckerraffinerie, deren Aktien auf ein Nominale von 600 Kronen lauten, hat für die verfloßene Kampagne 1920/21 per Aktie nicht weniger als 1000 Kronen Dividende ausbezahlt. Die Dividende beträgt demnach ungefähr 170 Prozent, das heißt die Aktionäre verdienen in einem Jahr mehr als das in dem Unternehmen angelegte Kapital. Gleichzeitig wird gemeldet, daß die tschechische Gesellschaft für Zuckerindustrie, deren Aktien auf 200 Kronen lauten, eine Dividende von 110 Kronen per Aktie, das sind 55 Prozent, verteilen will. Voriges Jahr verteilte dieselbe Gesellschaft per Aktie 60 K Dividende, das sind 30 Prozent. An diese Dividenden zu erinnern wird wieder Zeit sein, wenn man die Kalkulation des neuen Zuckerspreises vornehmen wird.

**Der Kurssturz der Reichsmark.**

In den letzten Tagen hat sich der Wert der deutschen Mark beständig verringert und heute den Tiefstand erreicht. In Zürich wurden 100 Mark mit Fr. 6,90, in Prag mit K 92.— bewertet; die großen Schwankungen, die der Markkurs im Laufe dieses Jahres durchgemacht hat, sind in den politischen Vorgängen sowie in den Erwartungen, ob Deutschland eine Verpflichtungen erfüllen wird, begründet. Da Deutschland zur Bezahlung seiner Wiedergutmachungsschuld Dollar kaufen, somit deutsche Mark an den fremden Plätzen ausbieten mußte, ist der Markkurs dauernd gefallen, umso mehr als auch der Goldschatz der Reichsbank angegriffen werden mußte, um die erste Goldmilliarde aufzubringen. Der größte Teil der Goldsendungen, nämlich 48 Millionen Gold, ging nach New York, im ganzen wurden 63 Millionen Gold zur Abtragung der Reparation verwendet. Vor Ausbruch des Krieges betrug der Goldschatz 1,356 Milliarden, zu Kriegsende 2,55 Milliarden, heute beträgt er nach den Entnahmen 1,02 Milliarden. Es ist begreiflich, daß durch die Verringerung des Goldvorrates die deutsche Valuta wiederum ungenügend beeinflusst wird, so daß man kaum annehmen kann, daß der Höchststand von 138.12 K vom Feber d. J. in absehbarer Zeit erreicht werden wird. Ueberdies wird durch die Spekulation der Markkurs künstlich gedrückt, indem durch Gerüchte über eine ungünstige Lösung der oberösterreichischen Frage versucht wird, das Vertrauen zur deutschen Währung zu untergraben und gleichzeitig die heute fast völlig wertlose polnische Valuta zu stützen. So konnte man an der heutigen Prager Börse einen Sturz der Reichsmark um 4 Prozent, dagegen ein Ansteigen der polnischen Mark um 0.05 Prozent feststellen.

Die tschechische Krone hat gewöhnlich die gleiche Bewegung und Richtung verfolgt, wie die deutsche Mark; wie man überhaupt beobachten konnte, daß die wirtschaftlich bestiegen Staaten — ohne Rücksicht auf den militärischen Ausgang des Krieges — die Kurschwankungen der Reichsmark mitgemacht haben. Gegenwärtig, da die Mark aber auch der tschechischen Krone gegenüber stark entwertet ist, macht sich der Unterschied bereits in der Volkswirtschaft bemerkbar. In den Nachfolgestaaten des alten Oesterreich, dem eigentlichen Absatzgebiet unserer Industrie, tritt die deutsche Konkurrenz die fast immer billiger war, nunmehr auch

durch den Valutastand begünstigt, als Lieferant auf und vermag den tschechoslowakischen Exporteur aus dem Felde zu schlagen. In den Balkanländern ist schon bald nach dem Umsturz die ehemals österreichische jetzt tschechoslowakische Industrie durch Deutschland verdrängt worden; Oesterreich bezieht heute Kohlen und Gewebe aus Deutschland, die früheren, alten Bezugsgebiete in den Subdenländern sind in den Hintergrund getreten. So verschließen sich der tschechoslowakei durch den Sturz der Reichsmark wiederum Absatzgebiete; so taucht für die Arbeiterschaft im tschechoslow. Staate neuerdings das Gespenst der Arbeitslosigkeit auf.

**Der Wert der Krone.** Heute kosten: 100 holländische Gulden 2668.50, 100 deutsche Mark 91.—, 100 Schweizer Franken 1428.50, 100 italienische Lire 364.—, 100 französische Franken 644.50, 1 englische Pfund 808.50, 1 Dollar 82.25, 100 serbische Dinars 176.25, 100 rumänische Lei 94.7, 100 bulgarische Lev 76.—, 100 Wiener Kronen 6.55, 100 polnische Mark 2.40, 100 tschechoslowakische Kronen 44.10, 100 ungarische Kronen 19.72 1/2 K.

**Ueber den Druck neuer Banknoten** äußert sich in den sonntägigen „Rozhodni Listy“ deren volkswirtschaftlicher Mitarbeiter A. P i m p e r folgendermaßen: „Der Druck ungedeckter Staatsnoten ist eine so bedeutsame und wichtige Frage, daß darüber eine Diskussion überhaupt nicht zugelassen werden sollte. Auf die Schultern derer, welche sich zum Druck entschließen würden, würde eine große Verantwortung vor der gesamten Nation und den kommenden Geschlechtern fallen. Wir hoffen, daß es bei der heutigen sozialen und anderen Demagogie nicht dazu kommen wird. Die ungesegelte Vermehrung des Geldumschlages würde eine Schädigung aller Staatsbürger ohne Unterschied bedeuten und würde sich am meisten an den niederen Schichten rächen. Wenn beispielsweise jetzt in Polen das englische Pfund 9500 polnische Mark kostet oder in Oesterreich 3400 Kronen, leiden dadurch die wirtschaftlich schwächsten Schichten am meisten. Handel und Industrie und insbesondere verschiedene illegitime Schichten finden auch bei diesen trostlosen Verhältnissen ihren Gewinn. Wer aber die Folgen einer solchen Finanzpolitik am meisten trägt, sind die mittleren Schichten, Oagisten und Arbeiter.“

**Ende des polnischen Eisenbahnstreiks.** Aus Warschau wird vom 5. September gemeldet: Der Streik der Lokbahnangestellten in der Umgebung von Warschau wurde beendet. Morgen wird der normale Verkehr wieder ausgenommen werden. Die Streikbewegung der Eisenbahner in ganz Polen ist liquidiert.

**Die Aufteilung des österreichischen Schiffspartees.** Rom, 5. September. Die interalliierte Kommission zur Aufteilung des ehemaligen österreichisch-ungarischen Schiffspartees auf der Donau verlangt von der tschechoslowakischen Regierung die Herausgabe von 5 Dampfern und 32 Schleppern.

**„Der Kampf“.**  
Sozialdemokratische Monatschrift.  
Soeben ist das Heft 9 mit folgendem Inhalt erschienen:  
Karl Kautsky (Berlin): Nadel über Rosa Luxemburg, Lieblucht und Joghies.  
Friedrich Adler: Lassalles Weg zum Sozialismus.  
R. Jasny: Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Republik Georgien.  
Karl Heinz: Was trennt uns von der Dritten Internationale?  
Dittlar Remecel (Baden): Agrarfrage und Sozialismus.  
Robert Danneberg: Wie haben die Frauen gewählt?  
Michael Schacherl (Radeburg): Philosophie für Arbeiter.

**Aus der Partei.**  
Die „Volkswacht“, aus dem Zusammenschluß der Stierberger „Volktribüne“ und der Währschönerberger „Volkswacht“ entstanden, erscheint nicht, wie wir in unserer Nummer vom 2. September berichteten, in Olmütz, sondern in Troppan.  
Bezirkskonferenz Teplitz Sonntag, den 18. September, in Teplitz. Tagesordnung: Bericht, Parteitag, Wahl der Delegierten zum Parteitag, Neuwahl der Bezirksvertretung.

**Kunst und Wissen.**  
V. Philharmonisches Konzert, am 3. September. Nach Mozarts Notturno für 4. Orchester, einer geistreichen und eleganten Gelegenheitskomposition, sang Herr Max Klein die Kinderliedchen von Gustav Mahler. Die Zeit nicht, nicht die häufige Aufführung in Konzerten vermochte ihnen einen Schimmer ihrer leidvollen wehgeschwängelten Schönheit zu nehmen. Vom Erstaunen über die aufgehende Sonne: „als sei kein Unglück diese Nacht geschehn“ steigt die Klage mit den Bildern der Erinnerung, des Nichts-glauben-stommens zum wehen Aufschrei: „In diesem Wetter, in diesem Graus — nie hält' ich gefandt die Kinder hinaus“ — und ergibt sich trübsenschwer ins unbegreifliche Schicksal. Es sind Gedächtnisblätter, aber Mahlers Geist hat sie neu geschaffen. Den Schluß und Höhepunkt des Abends bildete Mahlers Vierte. Ein sonniges Bild inniger Weltvertrauens. Mit Schellenklang zieht der Wirraw des Alltags vorüber, in die Schleiher der Ferne schließt sein trübseliges Ausflucht voll Spud und Wiberstann. Was soll der Värm? Was soll der Grimm? Bald ist doch alles vorbei!... In unirdisch hellen Tönen sagt die Geige ihre milde Mahnung. Doch das Leben ist hart, noch zieht's dahin in jedem Schritt und in häßlichem Uebermut, nur ruht darauf ein verklärter Schimmer, Lust, Freude: wie ist es doch alles schön! — Bestimmung, Sehnen! Aufstich der Blick in tiefen Gottesrieden; in weihelichen Tönen wie Orgel- und Glockenklang verkündet sich die Erkenntnis einer höheren Weisheit. Nun jauchzt das Lied der himmlischen Freuden, des englischen Lebens: Götter mit ihren Verwandten macht die treffliche Musik zum kindlichen Tanz der elstausend Jungfrauen. Doch, was können Worte von Tönen, von diesen Tönen sagen? Das handzarte Märchen der Seele länder nur die Musik — und Mahler hat sie gehört. Weissen Ohr, weissen Herzen diese Töne erklingen, wenn sie in göttlich-weißer Ironie und Seltsamkeit die letzten Gleichnisse verkündete, der erfuhr, daß hier ein Pro-

phet sprach. Die Symphonie ist trotz aller romantischer Eigenwilligkeit streng vierfösig gebaut und spricht allen tongrammatischen Philistern zum Trotz in souveräner Beherrschung der Formen und Mittel ihre schlichte, aber Mahlersche Sprache, allen verständlich, die warmen Herzen und guten Willens sind. Der vierte Satz ersticht in erstaunlicher Selbstverständlichkeit als ein Sopransolo, dessen nicht-schönem Knaben-Wunderhorn-Text die Musik volle Besetzung und innigste geistige Beziehung zum Ganzen des Wertes verleiht. Das Problem des Liedes in der Symphonie ist oft behandelt worden: wir wollen uns begnügen zu sagen: Wer es so innerlich notwendig und so vollendet schafft, hat dessen Berechtigung bewiesen. Kapellmeister J. Salovey und seiner modernen Schär sei für ihren erfolgreichen Eifer wärmstens Dank gesagt. Gr.

**Neues Theater.** Heute wegen Erkrankung Elfe Meyners statt der Puccini-Oper „Tosca“ neueinstudierte Oper „Far und Zimmermann“. Donnerstag nachm. „Die blaue Mazur“ mit Georg Kober. Abends die Operette „Der Tanz ins Glück“. Samstag und Sonntag zum erstenmale der neue Operettenroman „Scheidungsreise“, Sonntag nachm. „Cavalleria rusticana“ und „Bajazzo“. Mittwoch, den 14. neuinszeniert Gerhart Hauptmanns Volksdrama „Die Weber“.

**Gastspiel Mine Sanden:** Morgen, Mittwoch Puccinis „Tosca“ mit Kammerjängerin Mine Sanden in der Titelrolle und Richard Kubla als Cavaradossi. (196-4.) Freitag Richard Strauß' „Salome“ mit Mine Sanden. (25. vollst. Abend.) Kartenverkauf täglich.

**Turnen und Sport.**

**Ländertwettspiel Niederösterreich gegen Süddeutschland in Wien: 2:0 (0:0).** Das ganze Spiel bot nichts Besonderes, da es sich aus einer Reihe mehr oder weniger geglückter Einzelaktionen zusammensetzte, die keinen Zusammenhang aufwiesen. Geale Neumann und Urdil. Ueber 50.000 Zuschauer. Das Spiel wurde von Herites, dem Obmann der tschechische Prager Schiedsrichtervereinigung einwandfrei geleitet. — **Slavia gegen S. R. Klado in Prag: 4:1 (2:1).** Die Slavia, die in besonders guter Form spielte, konnte den harten Kampf um die Meisterschaftspunkte erst in den letzten 20 Minuten für sich entscheiden. Die Kladoer boten erstklassige Leistungen, besonders in der Verteidigung und im Half, während die Slavia über besseres Schuh- und Stehvermögen verfügte. Das Spiel wurde sehr schnell und scharf geführt, bewegte sich jedoch in fairen Grenzen, Schiedsrichter Jenisel (Pilsen) gut. — **D. F. C. gegen Vienna Wien in Prag: 3:2 (0:0).** Die Mannschaft des D. F. C. zeigte großen Spielgeist, erreichte aber ihre frühere Form nicht. Es wurden beiderseits sichere Chancen vergeben, da beide Mannschaften über geringes Schußvermögen verfügten. Die Stärke der Wiener lag hauptsächlich in ihrer Schnelligkeit. Bei D. F. C. bewährte sich die Neueinstellung Kleins nicht, gut waren Jeller, Cimetra und Rudinka. Von den Wienern gefielen Esl und Trinkel. Schiedsrichter Pfiesinger schwach.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cernak.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß

Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**Optiker Deutsch**  
Graben 25 Prag K. Bazar  
10 Moderne  
Brillen, Zwicker, Reisszeuge.

**CAFÉ ELEKTRA**  
WEINBERGE,  
vis-a-vis dem Museum, neben dem Deutschen Theater.  
TREFFPUNKT DER GENOSSEN.  
Telephon 4854. 9

**Gastwirtschaft „Lidový dům“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Prag II., Hybernská 7.  
Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke, Trinkgelder aufgehoben!

**Libaner Presshefe**  
besten Qualität offeriert  
Libaner Presshefe-Handels-Gesellsch.  
Zentrale: Prag, Rybní ulice 13.  
25 Fabrik: Liban.

**Kautschuk-Stampfgillen**  
erzeugt schnell, gut und billig  
Franz Chmel, Prag II., Nekazanka 18.

**Frische Preiselbeeren**  
in 5 kg Postkistchen liefert zum äusserst Tagespreise  
Josef Červený, Klattau 4, Böhmerwald.

Redakteur sucht möbliertes  
**Zimmer**  
Frühstück, elektr. Licht, sofort zu mieten.  
Zuschriften erbeten an „L. G.“, Prag II., Havlíčekplatz 32.

Für die Verwaltung des „Sozialdemokrat“ in Prag werden für die deutschen Provinzstädte in der tschechoslowakischen Republik tüchtige **Inseratenvertreter** gegen Provision gesucht. Zuschriften nur von seriösen Bewerbern unter Chiffre „Tagblatt“ an die Verwaltung erbeten.

**Spezialhaus für Spitzen, Stickerei, Tulle Vorhänge**  
A. R. Amschelberg  
Prag, ulice 28. Fýno 1.

**Bücher und Broschüren aller Art**  
liefert zu den günstigsten Bedingungen  
16 **Volksbuchhandlung**  
Ernst Sattler, Karlsbad.

Genossen! Gedenkt des Fonds zur Erhaltung des Zentralorgans!

**Bibliotheken**  
jedes Unifanges für Gemeinden, Organisationen, Vereine, Cewerkschaften, Industriebetriebe, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt und ergänzt durch die  
26 **Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schbau**  
Theresienngasse 13.

**Kundmachung**  
über die Ausschreibung der Wahl in die 1te Kultusgemeinde-Repräsentanz in Prag.  
Gemäß § 9 der Wahlordnung wird hieby durch von der 1te. Kultusgemeinde-Repräsentanz in Prag die Wahl einer neuen Repräsentanz ausgeschrieben, welche am 30. Oktober 1921 stattfinden wird.  
Das Verzeichnis der zur Wahl der Repräsentanz berechtigten Wähler ist vom Tage dieser Kundmachung an im Amtsfokale der 1te. Kultusgemeinde in Prag (Jüdisches Rathaus in Prag V., Maiselova 18, 2. Stock, T. Nr. 21) zur freien Einsichtnahme ausgelegt. Die Kultusgemeindeglieder werden aufgefordert, binnen 14 Tagen, welche Frist mit dem Tage nach der Veröffentlichung dieser Kundmachung beginnt, Einwendungen wegen Auslassung von Wahlberechtigten oder Aufnahme von Nichtwahlberechtigten zu erheben. Die Einwendungen sind schriftlich in der Kultusgemeindefanzlei einzubringen. Ueber die Einwendungen sowie über event. Beschwerden gegen die die Einwendungen betreffende Entscheidung wird gemäß § 10 der Wahlordnung entschieden werden.  
Die Wahlgruppen können binnen 8 Tagen vom Tage dieser Kundmachung beim Präsidium der 1te. Kultusgemeinde Personen in Vorschlag bringen, welche in die über die Reklamationen gegen das Wahlverzeichnis entscheidende Kommission ernannt werden sollen.  
Die Wahlgruppen haben ihre Kandidaten (Wahlvorschlüge) dem Präsidium der 1te. Kultusgemeinde spätestens bis 30. September 1921 vorzulegen. Die Kandidatenlisten müssen den Erfordernissen des § 11 der Wahlordnung entsprechen.  
Die Stunde und das Lokal der Wahl sowie andere Details werden später durch eine besondere Kundmachung verlautbart werden.  
**Israelische Kultusgemeinde - Repräsentanz**  
Prag, 31. August 1921.  
Der Präsident: Dr. Kožerák.